

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/88

"Ermittlungen im Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/88 vom 14.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/495 des VF vom 05.12.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ermittlungen im Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, vor dem Hintergrund aktueller Medienberichterstattung (SZ vom 11. November 2013 „Im Visier der Fahnder“) zum Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk, der 2010 über eine Parteispende des Laborunternehmers Schottdorf an den seinerzeitigen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber berichtet hatte, unverzüglich im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wegen welcher Delikte wird bzw. wurde gegen Denk ermittelt?
- Welcher Anfangsverdacht und welcher Sachverhalt liegen diesen Ermittlungen zu Grunde?
- Wurden oder werden gegen den Journalisten Hubert Denk Maßnahmen der Telekommunikations- oder Quellentelekomunikationsüberwachung eingesetzt und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage und in welchem Zeitraum?
- Wie viele Personen wurden bislang im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen durch die Ermittler als Zeugen vernommen?
- Wie viele Ermittler waren und sind mit diesem Ermittlungsverfahren befasst?
- Welche Kenntnis hat die Staatsregierung davon, dass die Ermittler gegen den Journalisten auch Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaktionen einsetzen wollten?
- In wie vielen Fällen haben bayerische Ermittlungsbehörden in den vergangenen fünf Jahren (aufgeschlüsselt nach Jahren und Fällen) gegen Journalisten wegen möglicher Verstöße nach § 201 StGB (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes) im Zusammenhang mit journalistischer Berufsausübung ermittelt?
- In wie vielen Fällen haben bayerische Ermittlungsbehörden in den vergangenen fünf Jahren (aufgeschlüsselt nach Jahren und Fällen) gegen Journalisten wegen möglicher Anstiftung zum Geheimnisverrat (z.B. § 353b StGB, § 17 UWG) im Zusammenhang mit journalistischer Berufsausübung ermittelt?
- Wie bewertet die Staatsregierung das Vorgehen der Ermittler vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts BVerfGE 117, S. 244, 258 f. („Cicero“) im Hinblick auf die Pressefreiheit und den Informantenschutz?



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/88

Ermittlungen im Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Ulrike Gote**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 04. Sitzung am 5. Dezember 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
2. Der Antrag wurde im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen in seiner 07. Sitzung am 30. Januar 2014 aufgrund des Berichts des Staatsministeriums der Justiz für erledigt erklärt.

Franz Schindler
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Die Listennummer 4 ist von der Abstimmung ausgenommen, da sie gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5 beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu Verfassungsstreitigkeiten und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2 – Unruhe)

Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich fortfahren. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014 (Vf. 2-VII-14) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 45 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBI S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2013 (GVBI S. 450) PII/G 1310.14-0002
Drs. 17/499

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ

ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014
(Vf. 1-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 Abs. 4 Nr. 3 des
Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung
in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) vom 23. Febr-
uar 2011 (GVBI S. 82, BayRS 791-1-UG), geändert durch § 2 Abs. 19 des
Gesetzes vom 8. April 2013 (GVBI S. 174)
PII/G 1310.14-0001
Drs. 17/500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Januar 2014
(Vf. 3-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 3 Abs. 1 des Gesetzes
über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsgesetz - FAG), in der Fassung der Bekanntmachung vom
16. April 2013 (GVBI S. 210, BayRS 605-1-F)
PII/G 1310.14-0003
Drs. 17/501 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike
bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Endlich handeln! – Situation von Asylsuchenden in Bayern verbessern
Drs. 17/49, 17/444 (A)

der Antrag wird gemeinsam mit TOP 5 beraten

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Martin Neumeyer, Judith Gerlach u.a. CSU
Asylsozialpolitik in Bayern – menschlich und modern
Drs. 17/61, 17/446 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik
Drs. 17/63, 17/447 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Auswirkungen des Bildungsfinanzierungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich
für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe
Drs. 17/85, 17/511 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Bekämpfung von Cyberkriminalität
Drs. 17/96, 17/503 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haftbedingungen in Straubing und München
Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M.
Drs. 17/106, 17/509 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Aufklärung von Vorwürfen gegen die Justizvollzugsanstalten Straubing und München-Stadelheim
Drs. 17/111, 17/513 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Mit dem operationellen Programm zügig eine bestmögliche Förderung bayerischer Projekte aus den EU-Strukturfonds sicherstellen!
Drs. 17/133, 17/507 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Angemessene Finanzausstattung für die bayerischen Kommunen
Drs. 17/134, 17/494 (A)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Arbeitnehmerrechte sichern – Streit zwischen XXXLutz und Belegschaft schlichten!
Drs. 17/19, 17/496

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ermittlungen im Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk
Drs. 17/88, 17/495 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsanforderungen bei der geplanten Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen
Drs. 17/307, 17/435

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Streichung „geweihtagende Hirscharten“ von der „Liste gefährlicher Tiere“
Drs. 17/322, 17/493

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

17. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Anmietung der Außenstelle des Heimatministeriums in Nürnberg
Drs. 17/382, 17/487

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

18. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zur BayernLB
Drs. 17/404, 17/488

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat